



Presseschau vom 10.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andreas Peter: „Er hat Jehova gesagt!“ – Verkehrsbetriebe verwundert über Berichte wegen des Wortes „Schwarzfahren“

Medien melden, der öffentliche Personennahverkehr in der österreichischen Hauptstadt Wien spreche nicht mehr von Schwarzfahrern, sondern von „Fahrgästen ohne gültiges Ticket“. Das tut er jedoch schon eine Weile, so wie die kommunalen deutschen Verkehrsunternehmen in München und Berlin. Aber warum eigentlich ...

<https://snanews.de/20210709/er-hat-jehova-gesagt--verkehrsbetriebe-verwundert-ueber-berichte-wegen-des-wortes-schwarzfahren-2780277.html>

Nikolaj Jolkin: Bedeutet der BREST-Energieblock eine Revolution in der Atomenergetik?

Die kleine Stadt Sewersk im Gebiet Tomsk (Sibirien) wurde zum weltweit ersten Standort für den Reaktor BREST-OD-300, der in der Lage ist, abgebrannten Kernstoff neu anzureichern. Radioaktiver Abfall, der beim Betrieb von Atomkraftwerken alter Art entsteht, wird hier zum Brennstoff verarbeitet, mit dem der BREST betrieben werden soll. ...

<https://snanews.de/20210709/brest-energieblock-revolution-atomenergetik-2781737.html>

Mark Hadyniak: Nach Delta nun Lambda – droht uns ein "Forever-COVID"?

Die nächste Medienkampagne rollt an: Zielrichtung vierte Welle. Die Frage scheint nur zu sein, welche Corona-Variante löst sie aus: Delta oder Lambda? Geht es nach Karl Lauterbach,

müssen wir wohl alle in einen endlosen Lockdown. ...

<https://kurz.rt.com/2kve>

de.rt.com: **KZ-Überlebende und Antifaschistin Esther Bejarano im Alter von 96 Jahren gestorben**

Esther Bejarano überlebte das KZ Auschwitz dank ihrer Musik. Zwischenzeitlich war sie nach Israel ausgewandert – kam aber wieder zurück nach Deutschland. Jetzt ist die engagierte Künstlerin und Antifaschistin im Alter von 96 Jahren in ihrer Wahlheimat Hamburg gestorben.

...

<https://kurz.rt.com/2kzu>

de.rt.com: **Top-US-Arzt: Keine Beweise, dass eine dritte COVID-19-Impfdosis nötig ist**

Der Dekan der Fakultät für öffentliche Gesundheit der Brown University hat in einem Interview gesagt, es gebe derzeit keine Indizien dafür, dass eine dritte COVID-19-Impfdosis nötig ist. In Deutschland bereitet sich die Bundesregierung bereits auf eine solche vor. ...

<https://kurz.rt.com/2kzr>

Gert Ewen Ungar: **Georgien und LGBT – Attacke auf den Mythos EU**

In Georgien wird eine Gay-Pride-Parade durch Gegendemonstranten verhindert. Im Osten der EU tobt ein Kampf um die Deutung von Symbolen. Den einen ist die Regenbogenfahne ein Symbol der Freiheit, den anderen eines der autoritären EU und der Aufgabe von Souveränität. Eine Abwägung. ...

<https://kurz.rt.com/2kxz>

abends/nachts:

snanews.de: **Moskau wirft den USA grobe Menschenrechtsverletzungen vor**

Die USA verletzen weiterhin die Menschenrechte sowohl im Innern als auch außerhalb des Landes, geht aus einem Bericht des russischen Außenministeriums „Über die Situation um die Menschenrechte in einzelnen Ländern“ hervor.

„Die Vereinigten Staaten verletzen weiterhin in grober Weise die Menschenrechte sowohl im Innern als auch außerhalb des Landes, darunter durch ungesetzliche einseitige Zwangsmaßnahmen (Sanktionen). Ein himmelschreiendes Beispiel dafür ist die verhängte und (trotz zahlreicher Resolutionen der UN-Generalversammlung) fortgesetzte Blockade Kubas“, heißt es in dem auf der Webseite des Außenministeriums veröffentlichten Dokument.

„Das hindert sie jedoch keineswegs daran, sich als ein ‚Vorbild für die Welt‘ im Bereich des Schutzes der Hauptfreiheiten zu positionieren. Selbst die gegenüber Washington loyalen Nicht-Regierungsorganisationen müssen zugeben: Die Sachlage im Rechtsschutzbereich verschlechtert sich mit jedem Jahr. Dabei wird Kritik an der realen Situation um die Menschenrechte im Land nach wie vor von den Behörden ignoriert. Statt dessen sucht Washington ‚Verletzungen‘ überall, nicht aber im eigenen Haus“, so der Bericht.

Laut dem Bericht ist in den letzten Jahren eine Abkehr der US-Behörden von der Einhaltung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der freien Meinungsäußerung, zur Achtung des Pluralismus und zu vielen anderen Parametern zu beobachten. Eine so beklagenswerte Situation bezüglich der Redefreiheit sei im Grunde genommen ein Ergebnis des verschärften Kampfes zwischen den amerikanischen politischen Eliten.

„Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, dass unter den Bedingungen dieser politischen Krise das Recht der Bürger auf Zugang zu Informationen durch private Großkorporationen verletzt wird, die sich weigern, ihre Tätigkeit entsprechend den amerikanischen gesetzgeberischen Normen aufzubauen. Das macht auch die Unfähigkeit und die Weigerung der USA ersichtlich, die Handlungen dieser Unternehmen in Übereinstimmung

mit dem Gesetz zu bringen“, so der Bericht.

Die Verfasser verweisen auf das zunehmende Niveau des Rassismus, des Antisemitismus, der Islamphobie und anderer Erscheinungsformen der Diskriminierung in den USA und prangern dies als Schande für Amerika an.

Menschenrechtler registrieren dem Bericht zufolge eine diskriminierende Einstellung gegenüber den US-Bürgern afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft, was im Handeln der Rechtsschutzorgane sowie im medizinischen und im sozialen Bereich besonders deutlich zum Vorschein komme.

„Außerdem wird auf ein hohes Niveau von rassistisch und ethnisch motivierten Straftaten verwiesen, was durch die Verbreitung von extremistischen und neonazistischen Gruppierungen im Land begünstigt wird ...“, wird unterstrichen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1b/1880962_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_43559afe71789cb6a1a4c013c3df86c0.jpg

dan-news.info: **Die einzige Kultureinrichtung in der frontnahen Siedlung Sajzewo im Norden von Gorlowka, der Klub „Freizeit“, der in den Jahren 2014-2015 durch das Feuer der ukrainischen Armee zerstört worden war, hat heute nach dem Abschluss der Wiederaufbauarbeiten wieder geöffnet.** Dies teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Noch vor ganz kurzem war der örtliche Klub ‚Freizeit‘ praktisch durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine zerstört, und heute haben wir ihn für die Einwohner eröffnet. Mit den Kräften einfacher Gorlowkaer – Baubrigaden vom städtischen Arbeitsamt in Gorlowka – wurde die Sanierung des Gebäudes unternommen“, unterstrich Prichodko.

Die Einrichtung hatte zahlreiche Zerstörungen erlitten: Beschädigt waren Dach, Fensterverglasung, Fassade und Infrastruktur. Das Gebäude wurde nicht genutzt.

Der Wiederaufbau des Objekts begann im Frühjahr. Das Dach, die Fensterverglasung, die Stromleitungen wurden ersetzt, die Fassade repariert, es wurden Schönheitsreparaturen in den Räumen vorgenommen und Möbel und Haushaltstechnik gebracht. Auch die Kanalisation wurde wieder in Betrieb genommen, die seit 30 Jahren nicht mehr funktioniert hatte. In dem Klub wurden bereits Zirkel für dekorative und angewandte Kunst, Theater und eröffnet.

Sajzewo liegt am nördlichen Rand von Gorlowka. Die Siedlung wird regelmäßig von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen. Die Mehrzahl der Infrastruktur und des Wohnraums sind durch Beschüsse beschädigt. Während des Konflikts wurden Dutzende friedliche Einwohner getötet oder verletzt.

snaneews.de: **Cyberangriff auf iranisches Bahnnetz – Zugverkehr gestört**

Das iranische Schienennetz ist am Freitag angeblich von Hackern angegriffen worden. Dies soll laut Berichten den Zugverkehr im Land schwer belastet haben.

Fahrkartenschalter, die Website der nationalen Eisenbahn und die Cargo Services wurden demnach unterbrochen. Dies habe zu Zugverspätungen und Stornierungen geführt. „Beispielloses Chaos“ habe auf den Bahnhöfen im ganzen Land geherrscht, so der staatliche Sender IRIB.

Ein Hinweis auf elektronischen Tafeln an Bahnhöfen soll dabei Reisende aufgefordert haben, eine Nummer anzurufen, die tatsächlich zum Büro des Obersten Führers Ayatollah Ali Chamenei gehörte, hieß es.

„Lange Verzögerungen aufgrund von Cyberangriffen“, stand auf manchen Stationstafeln. Laut einem Sprecher einer staatlichen Eisenbahngesellschaft haben Techniker die Störungen überprüft und bestritten, dass es große Verzögerungen gegeben habe, so IRIB.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/07/2402540_0:180:1920:1260_1440x0_80_0_0_7095fb6b9824f6a181bb1e56f0e83518.jpg

Wpered.su: Erklärung des ZK der KP der DVR im Zusammenhang mit der Verfolgung der deutschen Kommunisten

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vor kurzem haben die deutschen Behörden erklärt, dass die Deutsche Kommunistische Partei nicht zu den nächsten Bundestagswahlen zugelassen werden und ihr die Zulassung als Partei entzogen werden soll, was praktisch gleichbedeutend mit einem „kalten“ Verbot ist. Im Namen der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik erklären wir, dass diese Entscheidungen inakzeptabel sind. Die Verfolgung des Kommunismus ist eine fortwährende Taktik des Imperialismus, der erfolglos versucht, der zunehmenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft entgegen zu wirken. Das geplante faktische Verbot der DKP ist ein Zeugnis dafür, wie sehr kapitalistische Regierungen die marxistischen Ideen fürchten. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und erklären, dass politisch motivierte Verbote und Repressionen die Kräfte der kommunistischen Weltbewegung nicht werden untergraben können.

Es lebe der Sozialismus!

Das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei
der Donezker Volksrepublik

de.rt.com: Grenzübergang Bab al-Hawa: UN-Sicherheitsrat einigt sich auf Verlängerung des Syrien-Mandats

Nachdem Russland mit den USA einen Kompromiss vereinbart hatte, der den Zugang zu UN-Hilfslieferungen für ein Jahr sicherstellt, hat sich der UN-Sicherheitsrat am Freitag darauf geeinigt, eine Hilfsoperation von der Türkei aus nach Syrien zu verlängern.

Der UN-Sicherheitsrat billigte am Freitag die Fortsetzung grenzüberschreitender humanitärer

Hilfe von UN-Organisationen nach Syrien. Nach den Worten der UN-Botschafterin der USA Linda Thomas-Greenfield darf der Übergang Bab al-Hawa an der türkisch-syrischen Grenze ein weiteres Jahr für "UN-Hilfslieferungen" genutzt werden, berichtet Reuters. Die vorherige Erlaubnis wäre am Samstag ausgelaufen.

Vor der Einigung hatten die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates eine geplante Abstimmung über zwei konkurrierende Entwürfe zugunsten weiterer Verhandlungen verschoben. Am Ende stand offenbar ein Kompromiss zwischen den USA und Russland. "Wir danken unseren US-Kollegen, die im Geiste der Vereinbarungen gearbeitet haben, die während des Genfer Gipfels zwischen Präsident Putin und Biden getroffen wurden", sagte Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja. Die Resolution sei ein "Meilenstein" zur Lösung der Syrien-Krise.

Wie das Weiße Haus am Freitag mitgeteilt hat, hatten die Staats- und Regierungschefs Biden und Putin in einem Telefongespräch die gemeinsame Arbeit ihrer jeweiligen Teams nach dem Gipfeltreffen zwischen den USA und Russland gelobt, das am Freitag im UN-Sicherheitsrat zur einstimmigen Erneuerung der grenzüberschreitenden humanitären Hilfe für Syrien geführt hatte.

Russland hatte im Vorfeld auf eine Nichtverlängerung des UN-Mandats gedrängt, da es die Souveränität des syrischen Staates offensichtlich verletzt. Bab al-Hawa ist der letzte der ursprünglich vielen Grenzübergänge, über die "Hilfslieferungen" in Gebiete im Norden Syriens gebracht worden sind, die nicht vom syrischen Staat kontrolliert werden. Über den Grenzübergang Bab al-Hawa wurden in letzter Zeit mehrfach in entgegengesetzte Richtung syrische Ressourcen illegal ins Ausland geschmuggelt. Nach mehr als einem Jahrzehnt des Krieges ist die Provinz Idlib die letzte Hochburg der dschihadistischen Milizen, die größtenteils von Hai'at Tahrir asch-Scham, einem radikal-islamistischen Bündnis verschiedener Milizen, kontrolliert wird.

2014 hatte der UN-Sicherheitsrat beschlossen, vier Grenzposten nach Nordwestsyrien zu öffnen, um die Menschen mit dem Nötigsten versorgen zu können. "Humanitäre Korridore" aus einem Land in ein anderes sind eine befristete Ausnahmeregelung und müssen vom UN-Sicherheitsrat regelmäßig neu beschlossen werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e89004b480cc23280b143a.jpg>

snews.de: **Biden telefoniert mit Putin - Cyberangriffe und UN-Hilfe für Syrien im Vordergrund**

US-Präsident Joe Biden und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin haben in einem Telefongespräch am Freitag mehrere wichtige Probleme erörtert, teilte das Weiße Haus in Washington mit.

Den Angaben zufolge standen Ransomware-Angriffe auf Server in den USA und der am gleichen Tag zuvor beschlossene Ausbau der UN-Hilfe für Syrien im Mittelpunkt.

Die beiden Staatschefs hätten das Engagement ihrer Teams nach dem jüngsten USA-

Russland-Gipfel gewürdigt, das eine vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Neuauflage des humanitären grenzüberschreitenden Hilfsmechanismus für Syrien zur Folge gehabt habe, hieß es in der Mitteilung.

Den Angaben zufolge wies Biden seinen Gesprächspartner ferner darauf hin, dass sich die anhaltenden Cyberangriffe „von Kriminellen mit Sitz in Russland“ auf die Vereinigten Staaten und andere Länder auswirkten.

Russland hatte zuvor wiederholt erklärt, dass Moskau mit den Cyberangriffen gegen die USA nichts zu tun habe.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/11/2525910_0:0:2975:1190_1440x0_80_0_0_28b95be744eee8b1c37f5c69c98d20be.jpg

snanews.de: **Moskau fordert von OPCW Erläuterungen zu Unstimmigkeiten in Sachen Nawalny**

Russland will durchsetzen, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) Erläuterungen zu der Deutschland-Reise ihrer Experten im Zusammenhang mit dem Fall Alexej Nawalny gibt. Das teilte der ständige Vertreter Russlands bei der Organisation, Alexander Schulgin, mit.

Nach Angaben des technischen Sekretariats der OPCW sei die Expertengruppe am 20. August 2020 wegen Vergiftungsverdachts bei Nawalny nach Deutschland geschickt worden. In Wirklichkeit waren die Experten erst am 4. und 5. September in Deutschland eingetroffen. Nawalny befand sich am 20. August noch an Bord eines Flugzeuges, das von Tomsk nach Moskau unterwegs war. Der Kreml-Gegner, bei dem erste Erkrankungsanzeichen auftraten, wurde nach einer Notlandung in Omsk in ein Krankenhaus gebracht.

Die Ärzte stellten bei ihm eine Stoffwechselstörung fest, die eine Zuckerspiegeländerung im Blut auslöste. Nach Angaben der Omsker Ärzte wurde weder im Blut noch im Urin des Patienten Gift nachgewiesen.

Nawalny wurde später nach Deutschland ausgeflogen. Die Bundesregierung erklärte damals mit Verweis auf Militärmediziner, dass er mit einer Substanz der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

Am 2. Februar hat das Simonowski-Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Damit wurde die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, in eine Haftstrafe umgewandelt. Da die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt wird, wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – ungefähr 2,5 Jahre im Gefängnis absitzen müssen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0c/1248955_0:0:3101:1745_1440x0_80_0_0_90a1ea66770086345fdc1e088c0ea0ee.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. Juli 2021 wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Kalinowo, Molodjoshnoje, Solotoje-5 und Donezkij** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren.

Insgesamt wurden **6 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 12 des Kalibers 82mm** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: US-Regierung setzt 14 weitere chinesische Firmen auf die wirtschaftliche schwarze Liste

Die US-Regierung schließt Berichten zufolge 14 neue chinesische Unternehmen vom Handel an den US-amerikanischen Börsen aus und setzt sie auf die schwarze Liste. Die USA beschuldigen die Firmen, die Menschenrechte zu missachten. Die Chinesen weisen das zurück.

Am Freitag wurden 14 weitere chinesische Unternehmen auf die sogenannte schwarze Liste der USA für angebliche Menschenrechtsverletzungen gesetzt, berichtete Reuters. Die chinesischen Unternehmen, die auf der Liste stehen, werden nicht zum Handel an den US-amerikanischen Börsen zugelassen.

Jetzt sind es insgesamt 73 chinesische Unternehmen, die von Investitionen in den USA ausgeschlossen sind, darunter auch der Telekommunikationsausrüster Huawei Technologies. Die USA beschuldigen die Firmen, die Menschenrechte zu missachten und die chinesische Regierung mit Hightech-Überwachung in Chinas überwiegend muslimischer Provinz Xinjiang zu versorgen.

China weist die Vorwürfe des Völkermordes und der Zwangsarbeit in Xinjiang zurück. Es beteuert, diese Politik sei notwendig, um Separatisten und religiöse Extremisten auszurotten, die Angriffe planen. Diese würden Spannungen schüren zwischen den mehrheitlich muslimischen ethnischen Uiguren und den Han – Chinas größter ethnischer Gruppe. Peking wird die Interessen chinesischer Unternehmen, die von US-Sanktionen betroffen sind, verteidigen, sagte das Außenministerium des Landes. Es fügte hinzu, dass die USA nur Investoren und sich selbst verletzen, wenn sie chinesische Unternehmen angreifen. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, sagte:

"Die chinesische Seite wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die legitimen Rechte und Interessen chinesischer Unternehmen zu schützen, und weist die Versuche der USA zurück, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Der Ausschluss von chinesischen Qualitätsunternehmen aus den Indizes wird nur dem Image der Indizes schaden und ihnen selbst Verluste zufügen."

Ein Meinungsartikel in der prominenten staatlichen englischsprachigen Global Times versprach "unerbittliche Vergeltung" für die neue schwarze Liste in Bezug auf Xinjiang und Hongkong. In dem Artikel heißt es:

"Alle Sanktionen gegen Hongkong und das chinesische Festland werden unerbittliche Vergeltung erfahren. Die USA und Europa werden die gleichen Verluste wie China durch den Konflikt erleiden. Wir raten ihnen, sich zurückzuhalten."

Das US-Handelsministerium hat die chinesischen Unternehmen wegen angeblichen Missbrauchs in Xinjiang auf die Liste gesetzt. Darunter befinden sich unter anderem Shenzhen Cobber Information Technology, die in Peking ansässige akademische Einrichtung Chinesische Akademie für Elektronik und Informationstechnologie sowie Leon Technology. Auch Unternehmen aus Russland wurden in die Liste aufgenommen.

Die jüngste Maßnahme zeigt, dass US-Präsident Joe Biden darauf abzielt, China wegen der nach Ansicht der US-Regierung sich verschlimmernden Menschenrechtsverletzungen gegen die uigurische Bevölkerung in Xinjiang unter Druck zu setzen. Im Allgemeinen müssen Unternehmen, die auf der Liste stehen, Lizenzen beim US-Handelsministerium beantragen und werden streng geprüft, wenn sie um die Erlaubnis bitten, Waren von US-Lieferanten zu beziehen.

Letzten Monat gab das US-Handelsministerium bekannt, es habe fünf chinesische Unternehmen auf die Liste gesetzt, "weil sie Zwangsarbeit bei der Durchführung der Unterdrückungskampagne der Volksrepublik China gegen muslimische Minderheiten in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang akzeptiert oder eingesetzt haben". Das US-Ministerium sagte, die Aktion im Juni zielt auf die Fähigkeit der fünf Unternehmen ab, einschließlich der in China ansässigen Hoshine Silicon Industry, "Zugang zu Rohstoffen, Software und Technologie zu erhalten, und ist Teil der Bemühungen der US-Regierung, Chinas anhaltende Kampagne der Unterdrückung muslimischer Minderheitengruppen in Xinjiang energisch zu bekämpfen".

Dies ist nicht das erste Mal, dass die US-Regierung chinesische Unternehmen ins Visier nimmt, die mit dem Vorwurf der Hightech-Überwachung in Xinjiang in Verbindung stehen. Im Jahr 2019 setzte die Trump-Administration einige von Chinas führenden Start-ups für künstliche Intelligenz auf ihre schwarze Liste von Unternehmen wegen angeblicher Unterdrückung muslimischer Minderheiten.

Das US-Handelsministerium unter Trump nahm 20 chinesische öffentliche Sicherheitsbehörden und acht Unternehmen ins Visier, darunter die Videoüberwachungsfirma Hikvision und die führenden Gesichtserkennungstechnologien SenseTime Group Ltd und Megvii Technology Ltd. Das Handelsministerium sagte 2019, die Unternehmen seien an "Hightech-Überwachungsoperationen gegen Uiguren, Kasachen und andere Mitglieder muslimischer Minderheitengruppen beteiligt".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e8292048fbef5d0e035e53.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 9. Juli 3:00 Uhr bis 10. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften:

Staromichajlowka, Signalnoje, Kominternowo.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 41.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden ebenfalls vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Russischer Generaloberst: Tadschikistan ist für möglichen Taliban-Angriff gerüstet

Der russische Generaloberst Anatoli Sidorow sagt, Tadschikistan sei in der Lage, eine mögliche Invasion der Taliban abzuwehren. Er fügt hinzu, dass dort stationierte russische Truppen und die OVKS-Eingreiftruppen bereit seien, Duschanbe bei Bedarf zu helfen. Tadschikistan und seine Verbündeten könnten eine mögliche Invasion der Taliban aus dem benachbarten Afghanistan abwehren. Die russischen Truppen sind bereit, ihnen bei Bedarf zu helfen. Dies wurde RT von Generaloberst Anatoli Sidorow mitgeteilt, einem hochrangigen militärischen Vertreter der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Sidorow sagte, die Taliban hätten Beobachtungs- und Kontrollpunkte eingerichtet, nachdem sie tief in Gebiete an der afghanisch-tadschikischen Grenze eingedrungen seien. Er beschreibt die Lage folgendermaßen:

"Wir haben die Außenposten der Taliban gesehen. Zumindest im Moment sehen wir keine Aggression von ihnen. Sie verstecken sich überhaupt nicht. Es scheint, dass die Situation auf der afghanischen Seite ziemlich friedlich ist."

Sidorow war zuversichtlich, dass Tadschikistan in der Lage wäre, eine Taliban-Invasion abzuwehren. Er erklärte:

"Es besteht kein Zweifel, dass die Grenzschutzbeamten und Militärs von Tadschikistan die Situation klären werden. Trotz des extrem unwegsamen Geländes und Klimas ist es ziemlich schwierig, eine Gruppe zusammenzustellen, die die territoriale Integrität Tadschikistans gefährden kann."

Sidorow fügte hinzu, dass in Tadschikistan stationierte russische Truppen und die OVKS-Eingreiftruppen bereit seien, Duschanbe bei Bedarf zu helfen. Er stellte fest, dass die OVKS-Mitgliedsstaaten im Rahmen regelmäßiger Übungen den Einsatz zusätzlicher Kräfte entlang der afghanischen Grenze erarbeiteten.

Die OVKS ist ein im Jahr 1992 gegründeter Verteidigungs- und Sicherheitsblock und besteht aus Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Sie ähnelt der von den USA geführten NATO.

Chasan Sultonow, der tadschikische Gesandte bei der OVKS, erklärte am Mittwoch, dass in den letzten zwei Wochen rund 1.500 Soldaten der afghanischen Armee auf der Flucht vor einer Taliban-Offensive die tadschikische Grenze überschritten hätten. Sultonow bat die OVKS, seiner Nation bei der Sicherung der Grenze zu helfen. Der tadschikische Präsident Emomalij Rahmon hatte zuvor die Mobilisierung von 20.000 Reservisten angeordnet.

Eine Delegation des politischen Flügels der Taliban traf sich am Donnerstag mit russischen Beamten in Moskau. Dies bestätigte das russische Außenministerium. Der Taliban-Unterhändler Mohammad Suhail Shaheen sagte der Nachrichtenagentur TASS, dass die Taliban Tadschikistan nicht angreifen werden.

Shaheen schrieb in den sozialen Medien, dass die Taliban niemandem erlauben werden, das Territorium Afghanistans gegen ein anderes Land zu nutzen, und keine Einmischung in Afghanistan dulden werden.

In den vergangenen Wochen hatten Taliban-Kämpfer angesichts des Abzugs der US-Truppen aus dem Land ihre Aktivitäten in Afghanistan verstärkt. Präsident Joe Biden sagte zunächst, die US-Truppen würden das Land bis zum 11. September verlassen, aber am Donnerstag kündigte er an, dass die US-Militärmission bis zum 31. August enden werde. Biden erklärte: "Wir sind nicht nach Afghanistan gegangen, um eine Nation aufzubauen."

Seit 2001 führen die Vereinigten Staaten eine westliche Streitmacht in Afghanistan, die die Taliban und andere Militante bekämpft. Nach den Terroranschlägen vom 11. September erklärten die USA den "Krieg gegen den Terrorismus".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e8642cb480cc63ef700cd7.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. Juli um 9:00 Uhr 5469 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4612 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 495 Todesfälle.

snanews.de: **Kabul ruft Russland, Indien und China zur Hilfe bei Terrorbekämpfung auf**
Afghanistans nationaler Sicherheitsberater hat im russischen Fernsehen an Moskau, Peking und Neu-Delhi appelliert, sein Land im Kampf gegen Terroristen zu unterstützen.

„Wir begrüßen die technische Unterstützung aller Partner von außen – und natürlich aus China, Indien und Russland“, sagte Hamdullah Mohib am Freitag im Sender Rossiya 24. Hilfe von außen sollte aber nicht in die inneren Angelegenheiten der afghanischen Regierung eingreifen, betonte der Politiker.

„Wir brauchen nicht eine Supermacht durch eine andere zu ersetzen, Frieden und Stabilität sind nur in Zusammenarbeit mit allen innerhalb und außerhalb der Region möglich“, erläuterte Mohib.

Die Aufrufe seitens der afghanischen Regierung kommen kurz nachdem die Taliban* ihre angebliche Kontrolle über 85 Prozent des Territoriums des Landes verkündet hatten. Mohib sagte, dass die Behörden das Recht der Taliban auf Existenz anerkannt hätten – jedoch nur als eine legitime politische Kraft unter vielen anderen und nicht als ein „Monopol“.

Der Vertreter des politischen Flügels der Taliban, Shahabuddin Delawar, sagte bei einer Pressekonferenz in Moskau: „Sie und die weltweite Gemeinschaft haben wohl vor kurzem erfahren, dass 85 Prozent der Landfläche Afghanistans unter unserer Kontrolle steht.“ Er hatte beteuert, die Bewegung werde Maßnahmen ergreifen, damit der Islamische Staat* nicht wieder im Land auftaucht.

Eskalation der Lage in Afghanistan

Seit die Nato mit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan begonnen hat, sind die Taliban landesweit auf dem Vormarsch und haben bereits zahlreiche Bezirke erobert. Die Nato-Führungsmacht USA plant, ihre Soldaten bis zum August vollständig zurückzuholen. Sie hatten gemeinsam mit Nato-Partnern, darunter Großbritannien und Deutschland, kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in Afghanistan interveniert.

Mehrere Militärexperten kritisierten den übereilten Truppenabzug und sagten, dass ein langsamerer Prozess den nun aktiv wachsenden Einfluss der Taliban hätte eindämmen können. Die Ex-Berufsoffizierin und Analytikerin für das US-Verteidigungsministerium, Karen Kwiatkowski, hatte früher gegenüber SNA gesagt, die afghanische Regierung werde die nächsten Monate wahrscheinlich nicht überleben.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/0a/2784018_0:186:2981:1863_1440x0_80_0_0_cb8ce74c8d41d832245cbdce0d17bd5a.jpg

Mzdnr.ru: Am 9. Juli wurden in der DVR 473 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 106 positiv, bei 50 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 10. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 44.534 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3681 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 37.484 als gesund entlassen, es gibt 3369 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 93 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 21 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 76 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1092 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 533 mit Sauerstoffunterstützung (+31 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2077 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: **Biden droht Konsequenzen an: Auch, wenn es nicht vom Kreml kommt, Putin muss Hacking stoppen**

US-Präsident Joe Biden hat erklärt, er habe dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesagt, dass er von ihm erwartet, gegen Cyberkriminelle vorzugehen, die aus Russland Angriffe gegen US-Einrichtungen starten.

"Ich habe ihm sehr deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten erwarten, wenn Ransomware-Operationen von [russischem] Boden ausgehen, auch wenn es nicht, nicht vom Staat gesponsert ist, wir erwarten, dass Sie handeln", sagte Biden zu Reportern im Weißen Haus.

Als ein Reporter nachhakte, ob es "Konsequenzen" geben werde, bejahte Biden dies. Der Präsident äußerte sich nach der Unterzeichnung einer Durchführungsverordnung, die wettbewerbswidrige Praktiken in der Technologiebranche, im Gesundheitswesen und anderen Sektoren ins Visier nimmt.

Zuvor hatte das Weiße Haus bekannt gegeben, dass Biden und Putin am Freitag ein Telefongespräch geführt hatten, um die jüngsten Ransomware-Angriffe zu besprechen, in dem Biden dem russischen Präsidenten gesagt habe, dass die USA sich das Recht vorbehalten, "ihre Menschen und ihre kritische Infrastruktur zu verteidigen".

Biden sagte Reportern, er sei nach dem Telefonat "optimistisch". Das Gespräch fand weniger als einen Monat nach dem Treffen der beiden Staatsoberhäupter in Genf statt, bei dem Biden vor anhaltenden Cyberangriffen aus Russland gewarnt hatte.

Ein neuer Ransomware-Angriff, der mit der in Russland ansässigen Hackergruppe REvil in Verbindung gebracht wird, verursachte am vergangenen Wochenende weitreichende Störungen. Der Anruf vom Freitag unterstrich das Ausmaß, in dem sich die Ransomware-Bedrohung durch kriminelle Hackerbanden zu einer dringenden nationalen Sicherheitsherausforderung für das Weiße Haus entwickelt hat.

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 10.07.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer unter Einsatz verschiedener Arten von Granatwerfern festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Martschenkos zweimal **Staromichajlowka** mit 120mm-Mörsern beschossen und vier 120mm-Mörsergeschosse von den Positionen im Gebiet von Newelskoje abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Slawnoje wurden 24 120mm-Mörsergeschosse auf **Signalnoje** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade

auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Kominternowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Schirokino aus Kominternowo mit Antipanzer- und Unterlaufgranatwerfern beschossen und acht Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 128. Gebirgssturmgrade haben in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Gontscharuks von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern beschossen und fünf Mörsergeschosse abgefeuert. Strafruppen des 15. Panzergrenadierbataillons „Sumy“ der 58. Panzergrenadierbrigade haben auf Befehl Kaschtschenkos von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das **Oktjabrskaja-Bergwerk** am Rand von Donezk mit 120mm-Mörsern beschossen und acht Mörsergeschosse abgefeuert.

Nach Angaben der Vertretung der DVR im GZKK wurden infolge von Beschuss vier Häuser in der Abrossimow-Straße 35 und 37 und der Baschkirskaja-Straße 124 und 126 beschädigt. Es ist wichtig anzumerken, dass die Vertretung der DVR im GZKK bei Beginn des Beschusses versuchte, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, aber dieser Versuch wurde von der ukrainischen Seite ignoriert.

Geleitet von den Anweisungen des Republikoberhauptes und Punkt „e“ der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung **haben unsere Einheiten das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert**, um die Feueraktivität des Gegners zu stoppen und die Feuerstellungen, von denen aus der Beschuss auf zivile Infrastruktur unserer Republik erfolgte, zu vernichten.

Die Verluste des Gegners betragen nach vorläufigen Angaben aus dem Stab der OOS einen toten und einen verletzten Kämpfer.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen sechs Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen im Hof eines privaten Hauses am nördlichen Rand von Nowobachmutowka;

vier Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter in der Torgowaja-Straße in Tschermalyk.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.

So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 28., 93. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Shelannoje Wtoroje, Fjodorowka und Orlowskoje zu blockieren.

Nach Informationen von unseren Quellen im Stab der OOS haben Kämpfer des 5. Bataillons der 59. Panzergrenadierbrigade aktiv versucht, eine Kurzstreckendrohne der OSZE-Mission bei einem Flug über den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje zu vernichten, indem sie das Leitungs- und Navigationssignal der Drohne unter Einsatz ein Station „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung blockierten sowie sie mit Schusswaffen beschossen.

Alle Fälle von Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission werden auch im täglichen Bereich vom 09.07.2021 bestätigt.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Kämpfer in der OOS-Zone.**

So erschoss sich nach Angaben unserer Quellen am 7. Juli in Berdytschi ein Soldat der 2. Abwehrraketenartilleriebatterie der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der einfache Soldat Dobrow, auf seinem Kampfposten mit seiner Dienstwaffe, einer AK-74.

Nach Worten von Kameraden hatte Dobrow sechs Monate lang versucht zu kündigen, hatte sich mehrfach persönlich an den Brigadekommandeur Bogomolow gewandt und über moralische Erniedrigung von Seiten von Kameraden und des Zugführers Oberleutnant Sawtschenko berichtet. Trotz der Beschwerden Dobrows hat das Brigadekommando nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen, und aufgrund seiner Berichte hatte sich das Verhältnis zu den Kameraden nur verschlechtert. Die Aussagen der Kameraden wurden durch ein Abschiedsschreiben bestätigt, das in denn persönlichen Sachen des Toten gefunden wurde. In der Brigade arbeitet eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes, es wird eine Ermittlung dazu durchgeführt, dass der Soldat zum Selbstmord getrieben wurde.

Die Rechtsschutzorgane in der OOS-Zone entdecken weitere Korruptionsschemata zum Diebstahl von Waffen, Munition und Material zum dann folgenden Weiterverkauf.

So haben Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU am 8. Juli eine Kontrolle des Artilleriefeldlagers und von Lagerorten für Munition der 128. Gebirgssturbrigade der ukrainischen Streitkräfte organisiert. Im Ergebnis der Arbeit wurde entdeckt, dass der Leiters des Raketenartilleriewaffendienstes Major Bondar gesetzwidrig Raketenartilleriewaffenmaterial in einem Umfang von 20.000 5,45mm-Patronen, 80 F1-Granaten und 40 Geschosse für Antipanzergranatwerfer abgeschrieben hat.

Bei der Durchführung operativer Fahndungsmaßnahmen im Iljitschewskij-Bezirks von Mariupol durch Mitarbeiter des SBU wurde die Beteiligung des Leiters für rückwärtige Logistik der 128. Brigade, Oberstleutnant Daraban, an der Organisation von Verstecken mit Waffen und Munition festgestellt.

Außerdem wurde bei der Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen durch Rechtsschützer ein Schema für die gesetzwidrige Abschreibung von Material und von dessen Verkauf auf dem Zentralmarkt in Mariupol entdeckt. In diesem Zusammenhang war das Personal des Verbandes gezwungen, Material auf eine Kosten zu beschaffen. Der Organisator des Korruptionsschemas, der Leiters des Materialdienstes des Verbandes Major Bakalow, wurde festgenommen.

Für Aussagen wurde der Kommandeur der 128. Brigade Gontscharuk in die Militärstaatsanwaltschaft der Garnison Mariupol einbestellt.

de.rt.com: **Westjordanland: Israelische Streitkräfte schießen mit scharfer Munition auf Demonstranten**

Laut dem Palästinensischen Roten Halbmond wurden bei Zusammenstößen zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Militär 379 Demonstranten verletzt – 31 von ihnen durch scharfe Munition. Die Proteste richten sich gegen illegale Siedlungen im Westjordanland.

Laut dem Palästinensischen Roten Halbmond eröffneten israelische Streitkräfte am Freitag das Feuer auf Hunderte von palästinensischen Demonstranten, die gegen einen illegalen Außenposten im besetzten Westjordanland demonstrierten. Dabei wurden mehr als 370 Menschen verletzt, darunter 31, die von scharfer Munition getroffen wurden.

Israelische Streitkräfte setzten dem Bericht zufolge Drohnen ein, um Tränengasgranaten über den Demonstranten abzuwerfen. Die Palästinenser demonstrierten gegen eine illegale Landbeschlagnehmung in der Stadt Beita in der Nähe von Nablus im Westjordanland. Die Demonstranten verbrannten Reifen und warfen mit Steinen auf die israelischen Streitkräfte, wie lokale Medien berichteten. Zeugen berichteten laut Al Jazeera, dass israelische Truppen nach dem Freitagsgebet in Beita scharfe Munition und gummiummantelte Stahlgeschosse auf

die Demonstranten abgefeuert hätten.

Der Palästinensische Rote Halbmond berichtete, dass 379 Demonstranten verwundet worden waren – 31 davon durch scharfe Munition. Vom israelischen Militär gab es keinen unmittelbaren Kommentar dazu. Ähnliche Konfrontationen hatte es auch in der Stadt Kafr Qaddum und in Beit Dajan gegeben, wo Dutzende von Palästinensern wegen der Auswirkungen von Tränengas behandelt wurden.

Nach israelischen und palästinensischen Schätzungen gibt es im besetzten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, etwa 650.000 Siedler, die in 164 Siedlungen und 116 Außenposten leben. Nach internationalem Recht sind alle israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten illegal. Die Spannungen im besetzten Westjordanland erreichten in den letzten Monaten einen neuen Höhepunkt, wobei der israelische Außenposten Evyatar einer der Brennpunkte der Zusammenstöße war. Israelische Siedler weigerten sich, das Land zu räumen, die Palästinenser protestierten heftig gegen ihre Anwesenheit.

Im Mai waren 34 Palästinenser getötet worden – die höchste monatliche Zahl seit zehn Jahren –, Israels Inlandsgeheimdienst Shin Bet meldete fast 600 gewalttätige Zwischenfälle, da das israelische Militär seine Präsenz in den besetzten Gebieten mit mehreren weiteren Bataillonen verstärkt hatte. Palästinenser in nahegelegenen Dörfern sagten, dass der Außenposten Evyatar illegal auf ihrem Land gebaut wurde, und befürchteten, dass er wachsen und mit größeren Siedlungen in der Nähe verschmelzen wird. Mindestens vier Demonstranten, darunter zwei Teenager, waren laut Al Jazeera in den letzten Monaten bei den Zusammenstößen getötet worden.

Die Siedler haben Evyatar nach einem Israeli benannt, der 2013 von einem Palästinenser getötet worden sein soll. Ende Juni hatte Israel einen Kompromiss mit den in Evyatar lebenden Siedlern erreicht. Im Rahmen der Vereinbarung verließen die Siedler den Außenposten, und das Gebiet wurde zu einer geschlossenen Militärzone, aber die Häuser und Straßen blieben bestehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e95efab480cc232976b191.JPG>

snanews.de: **Gebietsstreit im Ostchinesischen Meer: Chinesische Schiffe dringen in japanische Gewässer ein**

Zwei chinesische Schiffe sind in japanische Territorialgewässer vor den umstrittenen Senkaku-Inseln eingelaufen, berichtet der Fernsehsender NHK.

Am Samstag waren vier chinesische Schiffe nah an der Grenze zu den Territorialgewässern Japans im Ostchinesischen Meer unterwegs. Zwei davon liefen dann in die Territorialgewässer im Raum der Inseln Senkaku oder der Diaoyu-Inseln, wie China sie nennt, ein und versuchten, sich japanischen Fischfangschiffen anzunähern.

Um 15:00 Uhr Ortszeit (8:00 Uhr MESZ) befanden sich die chinesischen Schiffe immer noch in den japanischen Territorialgewässern.

Die Senkaku-Inseln sind Gegenstand eines Gebietsstreits zwischen China und Japan, das den Archipel nach eigener Behauptung seit 1895 in seinem Besitz habe. Peking hingegen erinnert daran, dass die Inseln auf den japanischen Landkarten von 1783 und 1785 als chinesisches Territorium verzeichnet waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die Inseln unter US-Kontrolle und wurden im Jahr 1972 an Japan übergeben.

Auf Taiwan und in Festlandchina wird die Beibehaltung der Inseln durch Japan als ungesetzlich angesehen. Nach Behauptung Japans haben China und Taiwan in den 1970er Jahren Anspruch auf die Inseln erhoben, als sich erwiesen hatte, dass das umliegende Meeresgebiet an nutzbaren Bodenschätzen reich ist. Der Territorialstreit hat sich noch mehr verschärft, nachdem die japanische Regierung 2012 drei der fünf Inseln des Archipels von einem japanischen Privatbesitzer gekauft und somit den staatlichen Status der Inseln bekräftigt hatte.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1a/296943_0:4:3629:2045_1280x0_80_0_0_c21a7a6f86f056ecc722692be962e756.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Postupalskij von den Positionen im Gebiet von Nowoswanowka aus **Kalinowo** und von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Molodjoshnoje** mit 82mm-Mörsern beschossen, insgesamt wurden 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

Von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus haben Kämpfer der 24. Brigade das Gebiet von **Solotoje-5** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Bataillonskommandeurs Golschewskij von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Donezkij** mit 120mm-Mörsern beschossen und sechs Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 11. Bataillons der 59. Brigade auf Befehls des Brigadekommandeurs Schapowalos von den Positionen im Gebiet von Mironowskij aus **Sansharowka** mit 120mm-Mörsern beschossen und acht Geschosse abgefeuert.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und die Verletzung einer zivilen Einwohnerin wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur

Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug auf Beschuss zu verhindern. ...

Wir erhalten weiter Informationen von örtlichen Einwohnern über die **eigenmächtige Konfiszierung von Häusern durch Soldaten der Besatzungskräfte**.

So haben Kämpfer der 79. Brigade eine Sommerhausparzelle mit Haus am südlichen Rand von Artjoma besetzt, wo sie einen Beobachtungspunkt und Panzertechnik stationiert haben. Dem nach einem Monat Abwesenheit zurückgekehrten Rentner wurde erklärt, dass sein Eigentum entsprechend dem Gesetz über den Kriegszustand konfisziert wurde.

Nach einer Anzeige des Betroffenen bei der Polizei kam eine Gruppe des militärischen Rechtsordnungsdienstes zu einer Ermittlung, nach der fiktiven Aussagen über die Abwesenheit des Besitzers für mehr als 24 Monate, wurde festgestellt, dass das Eigentum rechtmäßig konfisziert worden war.

Wir wenden uns an die Einwohner der zeitweilig besetzten Territorien, dass sie sich bei Verletzung des internationalen humanitären Rechts zum Schutz betroffener Bürger an die LVR wenden können, wo ihnen Rechtsschutz- und spezialisierte gesellschaftliche Organisationen helfen, entsprechende Anzeigen bei internationalen juristischen Instanzen einzureichen. ...

Die Staaten des NATO-Militärbündnisses leisten der Ukraine weiter Unterstützung beim Kampf gegen das Volk des Donbass.

So wurden durch die Veröffentlichung von Informationen auf offiziellen Quellen des Verteidigungsministeriums der Ukraine die persönlichen Daten von aktiven Soldaten der georgischen Armee bekannt, die an den internationalen Übungen vom 28. Juni bis 10. Juli teilnahmen.

Bei einer Analyse der Informationen wurde festgestellt, dass sieben Soldaten aus der Delegation der regulären georgischen Armee, die in den Einheiten der Marineinfanterie Dienst tun, zuvor an Kampfhandlungen im Donbass im Rahmen internationaler Bataillone beteiligt waren und Ortschaften der Republiken beschossen haben. Ich erinnere daran, dass Georgien die Entsendung regulärer Truppen und militärischer Spezialisten in die Ukraine zur Beteiligung an Kriegshandlungen bestreitet. ...

de.rt.com: **"Feuersturm" in Russland: Waldbrände vernichten mehrere Häuser im Gebiet Tscheljabinsk**

Im russischen Gebiet Tscheljabinsk toben heftige Naturbrände. Die Flammen haben bislang ungefähr 14.000 Hektar Wald vernichtet. Örtliche Feuerwehren sprechen von einem "Feuersturm". Die bisherige Bilanz der Naturgewalt: ein Toter und mehr als 70 abgebrannte Häuser.

Waldbrände, die derzeit im russischen Südruralgebiet Tscheljabinsk toben, haben am Freitag zwei Wohnsiedlungen schwer betroffen. In den Ortschaften Dschabyk und Sapasnoje gingen Dutzende Häuser Feuer. Nach jüngsten Angaben vernichteten die Flammen 72 Wohnbauten und Gartenhäuschen. 179 Einwohner, unter ihnen 128 Kinder, wurden in Notunterkünften beherbergt. 18 Menschen waren dabei auf ärztliche Hilfe angewiesen. Am Samstag wurde ein älterer Mann in Dschabyk tot aufgefunden.

Der Vizechef des russischen Katastrophenschutzministeriums Ilja Denisow teilte mit, dass Feuerwehren, Förster und Freiwillige in sieben Siedlungen über 1.800 Häuser vor Flammen gerettet hätten. Die Situation sei schwer. Der Leiter der örtlichen Katastrophenschutzbehörde Juri Burenko erklärte, dass das Feuer bislang 14.000 Hektar Wald vernichtet habe. Die Fläche, auf der es aktiv brenne, belaufe sich momentan auf 20 Hektar. Die Behörden sprachen in Bezug auf einige Gebiete von einem "Feuersturm" mit Temperaturen von über 700 Grad Celsius, der sich mit einer Geschwindigkeit von bis zu 150 Metern pro Minute verbreitet hatte.

Am Samstag waren an den Löscheinsätzen mehr als 630 Menschen beteiligt. Im Einsatz

waren auch Flugzeuge des Typs "Iljuschin Il-76" und "Berijew Be-200" sowie Mi-8-Hubschrauber. In russischen Medien machte inzwischen ein [Video](#) die Runde, das die Rettung eines Hirschbabys am Donnerstag aus einem Waldbrand im Gebiet Tscheljabinsk zeigt. Internet-Nutzer taufte das Tier prompt und vorhersagbar auf den Namen Bambi. Am Samstag telefonierte Russlands Präsident Wladimir Putin mit Gouverneur Alexei Texler über die Situation in der Region. Der Staatschef beauftragte die örtlichen Behörden, einen Plan zur Entschädigung der betroffenen Einwohner zu erarbeiten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60e98ae2b480cc2f9f78b04e.jpg>